Debatte über Antisemitismus nach Vorfall an Berliner Schule

28. März 2018

Berlin (KNA) Die antisemitischen Äußerungen von muslimischen Schülern an einer Berliner Grundschule haben große Besorgnis ausgelöst.

Zudem mehrten sich am Dienstag Forderungen nach Konsequenzen. „Es gibt eine Zusammenarbeit zwischen jüdischen und muslimischen Verbänden. Konkret, was die Frage des Antisemitismus angeht, gibt es wenig gemeinsame Projekte“, sagte der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, im ZDF-Morgenmagazin. Er forderte muslimische Verbände auf, konkret auf die Predigten von Imamen zu achten. Es gebe dort eine Bringschuld seitens der muslimischen Verbände. Schuster verurteilte zudem Antisemitismus gegen Kinder oder Jugendliche. Das habe eine Dimension, die er für „ganz besonders verwerflich“ halte.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, reagierte auf die Forderung Schusters. „Wir stellen zunächst konkret zehn Imame bereit, die vorzugsweise mit Rabbinern in die Klassen gehen und für Dialog, Aufklärung und gegenseitige Achtung aus ihrem religiösen Selbstverständnis werben“, sagte er. „Ich würde mich freuen, wenn die jüdischen Gemeinden mitmachen, dann könnten wir schon heute in Berlin beginnen und in Folge dies bundesweit ausbauen.“ Der baden-württembergische Landesbeauftragte gegen Antisemitismus, Michael Blume, unterstützt den Vorschlag des Zentralrats der Juden, eine bundesweite Statistik für antisemitische Gewaltvorfälle an Schulen einzurichten. Die Schulen könnten zwar „oft gut damit umgehen“, sagte Blume im SWR.

Manchmal trete aber auch eine Überforderung ein. Der Präsident der Kultusministerkonferenz, Helmut Holter, drang auf eine Analyse der antisemitischen Vorfälle an deutschen Schulen. „Die Vorfälle sind erschütternd, und wir sind alle aufgefordert, uns damit auseinanderzusetzen. Wir müssen schulische und gesellschaftliche Ursachen analysieren“, sagte der Linken-Politiker der „Bild“-Zeitung. Neben dem Wert der Religionsfreiheit müsse immer wieder klar gemacht werden, dass es insbesondere für Antisemitismus null Toleranz gebe. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (SPD), forderte die Gesellschaft auf, sich entschieden gegen antisemitische Äußerungen zu stellen. „Dafür müssen alle genau hingucken und hinhören, die Sensibilität jedes einzelnen von uns ist gefordert, um so etwas zu verhindern“, sagte er dem „Tagesspiegel“.

Wie die Antidiskriminierungsbeauftragte für die Berliner Schulen, Saraya Gomis, dem „Neuen Deutschland“ sagte, gab es 2017 an Berliner Schulen zwölf antisemitische Vorfälle. Ausgelöst wurde die Debatte durch einen Vorgang an einer Berliner Grundschule, über den die „Berliner Zeitung“ berichtet hatte. Demnach griffen dort muslimische Schüler ein jüdisches Mädchen an, „weil sie nicht an Allah glaubt“. Zuvor habe ein Schüler auf die Angabe des Mädchens, dass sie Jüdin sei, das Wort „Jude“ mehrfach in bedrohlichem Tonfall

wiederholt. Das Mädchen sei außerdem schon einmal mit dem Tode bedroht worden.

(KNA – sknmr-89-00091)

Stand: 13. November 2026